



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

mit der ersten Lesung des Bundeshaushalts 2009 endete in diesen Tagen die sitzungsfreie Zeit im Bundestag. Die SPD ist nach turbulenten Wochen gestärkt aus den Parlamentsferien hervorgegangen. Kurt Beck gilt unser Dank für seine Arbeit in einer sehr schwierigen Zeit. Nun heißt es nach vorne schauen: In der SPD Karlsruhe haben wir die Weichen für das kommende Wahljahr bereits gestellt. Wir werden Europa- und Bundestagswahl selbstbewusst angehen und für eine solidarische Mehrheit in unserer Stadt eintreten.

Auch abseits der Parteipolitik brachte der Sommer keine Pause. Im Kaukasus eskalierte der seit langem schwelende Konflikt zwischen Russland und Georgien und im Kosovo ist die Lage noch immer besorgniserregend schlecht.

In Karlsruhe gab es erfreuliche und unerfreuliche Neuigkeiten: Das Heroinmodellprojekt steht weiter auf der Kippe und die regionale Zusammenarbeit am Oberrhein tritt auf der Stelle.

Eine gute Nachricht war dagegen die Entscheidung von Umweltminister Gabriel, ein innovatives Klimaprojekt der Stadtwerke zu fördern. Abwärme aus einer Raffinerie wird für die Fernwärmeversorgung nutzbar gemacht. Angesichts solcher Lösungen überrascht die Diskussion über eine Renaissance der Kernkraft, die nur scheinbar klimafreundlich und preiswert ist.

Einen guten Start in den Herbst wünscht Euer

Vermeintliche Atomstrom-Renaissance

Nur scheinbar gut für Klima und Geldbeutel / Jung kritisiert Atomlobbyisten

Angesichts der aktuellen Diskussion um die stetig steigenden Energie- und Strompreise hat sich der Karlsruher SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Jung bereits Ende Juli in einem offenen Brief an den Vorsitzenden des Vorstands der Energie Baden-Württemberg AG gewandt. Jung hält es für eine alte Mär, was Atomlobbyisten wie Hans-Peter Villis stets verbreiten, vom angeblich „sicheren, klimafreundlichen und vor allem günstigen Atomstrom“ und der gehäuft geäußerten vermeintlichen „Renaissance der Kernenergie in Europa“.

Alles andere als klimafreundlich

Die Wertschöpfungskette von Atomenergie sei alles andere als klimafreundlich, teilt der Bundestagsabgeordnete jetzt dem Energie- und Strommanager mit: „Der Bau sowie der Rückbau von AKW, Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten, die Erschließung, der Abbau, Transport und Veredlungsprozess von Uran sowie die Brennstäubeaufbereitung verursachen erhebliche Mengen klimaschädlicher Gase.“

Eine aktuelle Studie des Ökoinstituts zeigt, dass die Klimabilanz bei einem Erdgas-Blockheizkraftwerk ähnlich gut ist wie bei einem AKW. Dabei umfasst die Studie nicht einmal die durch die Endlagerung verursachten Emissionen“, so Johannes Jung in dem Schreiben. Die öffentliche Hand bleibe auf einem großen Teil der nicht abschätzbaren Folgekosten der Atomenergie sitzen: Kosten für gescheiterte Projekte, Castortransporte, Endlagerforschung, Atomaufsicht, Hinterlassenschaften der DDR, Deckung der Restrisiken, so Jung an den Energie- und Strommanager.

Von einer Atomkraft-Renaissance sei man in Europa und global weit entfernt, sieht sich Jung einig mit dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, Andreas Troge. Weitere Atomkraftwerke könnten, realistisch gesehen, nur dann neu entstehen, wenn ihr Bau erheblich subventioniert werde: „Insgesamt produzieren vergleichsweise wenige Länder Atomstrom – wogegen

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Gabriel unterstützt Karlsruher Klimaschutz-Projekt	2
„Wir kämpfen für eine solidarische Mehrheit in unserer Stadt“	3
„Vier Fragen“ zum Georgien-Konflikt .	4
Oberrhein: Statt des sympathischen „Rhinos“ nun das Bambi-Kitz?	7-8
„Wir vertreten auch Karlsruhe!“ – PPPler für ein Jahr in die USA	10

TERMINHINWEIS

„Neue Energie für die Zukunft – Herausforderungen im 21. Jh.“

Veranstaltung der SPD Karlsruhe und des SPD Forum Eine Welt BaWü mit

Astrid Klug MdB (Parl. Staatssekr. beim Bundesminister für Umwelt)
Dr. Wolfram Münch (EnBW AG)
Michael Würtele (Montanes GmbH)

am 20. Oktober 2008, um 19 Uhr
im DGB-Haus, Ettlinger Str. 3a

„Die alte Mär vom sicheren und günstigen Atomstrom“

Johannes Jung: „Atomlobbyisten wie Hans-Peter Villis verkünden vermeintliche Renaissance der Kernenergie in Europa“

Fortsetzung von Seite 1

es einen weltweiten Boom bei den Erneuerbaren Energien gibt, bei denen Deutschland Weltmarktführer ist“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete.

Folgekosten muss der Staat tragen

„Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat sich zum Exportschlager entwickelt. Mittlerweile gibt es mehr Staaten mit einem solchen oder ähnlichen Förderinstrument als Staaten mit Atomkraftwerken. Bis zum Jahr 2030 erwartet selbst die atomfreundliche Internationale Energieagentur (IEA) eine Verminderung des Anteils des Atomstroms an der gesamten (wachsenden) Stromerzeugung“, so Jung.

Eine Stromlücke sei, trotz des Ausstiegsbeschlusses der früheren rot-grünen Bundesregierung, nicht zu erkennen. Dazu meint Andreas Troge, der Präsident des Umweltbundesamtes: „Es sind genügend Reserven da, um die Atomkraftwerke planmäßig bis 2021 abzuschalten. Dazu müssen bestehende Kohle- und vor allem Gaskraftwerke modernisiert und teils auch neu gebaut werden“.



Wunderwaffe gegen Klimawandel und Preissteigerungen oder doch eine Energieform fürs Abstellgleis?

Überdies handle es sich bei Uran um einen seltenen Rohstoff, dessen Reichweite ebenso begrenzt sei wie die von Öl. Seit dem Jahr 2000 habe man einen Anstieg des Weltmarktpreises von Uran auf das 20-fache verzeichnet. „Die Erneuerbaren Energien sind dagegen unerschöpflich. Deren

heute technisch nutzbares Potenzial übertrifft den derzeitigen weltweiten Energiebedarf um ein Vielfaches“, plädiert der Karlsruher Bundestagsabgeordnete in dem Schreiben an den EnBW-Manager Hans-Peter Villis für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik. *Pressemitteilung vom 7. Juli 2008*

Gabriel unterstützt Karlsruher Klimaschutz-Projekt

Ende Mai setzten der Karlsruher Oberbürgermeister Heinz Fenrich, der Geschäftsführer der Mineralölraffinerie Oberrhein MiRO Dr. Hans-Gerd Löhr und Dr. Karl Roth, technischer Stadtwerke-Geschäftsführer, den symbolischen Spatenstich für ein neuartiges Großprojekt. Jetzt kam die Zusage von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD), das innovative Vorhaben der Stadtwerke im Rahmen der Klimaschutzinitiative – aus Mitteln des so genannten Umweltinnovationsprogramms – mit mehr als fünf Millionen Euro zu fördern.

Angesichts der aktuellen Klimadiskussion sieht der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Johannes Jung darin einen weiteren wichtigen Meilenstein, die Energieversorgung der Stadt Karlsruhe auf autarkere Füße zu stellen und damit unabhängiger zu

machen von wenig beeinflussbaren Energieträgern wie der Kernkraft.

Jung beglückwünscht sowohl die Karlsruher Stadtwerke als auch die Karlsruher MiRO gleichermaßen zu dem innovativen Vorhaben und freut sich über den Zuwendungsbescheid an die Stadtwerke zur „Nutzung industrieller Abwärme durch die Stadtwerke Karlsruhe GmbH zur Wärmeversorgung der Stadt Karlsruhe“.

Wie die Stadtwerke selbst schon früher mitgeteilt hatten, vereinbarten die Mineralölraffinerie Oberrhein (MiRO) und die Stadtwerke Karlsruhe bereits im Jahr 2007, Niedertemperatur-Abwärme aus den Raffinerieprozessen für die Fernwärmeversorgung der Stadtwerke nutzbar zu machen. Es handelt sich nach Angaben der Betreiber hierbei in einer ersten Stufe um eine Wärme-

leistung von rund 40 Megawatt, was für die Versorgung von mehreren tausend Haushalten reichen soll. Bei erfolgreichem Verlauf des Projekts könnten weitere 40 Megawatt für Heizzwecke genutzt werden.

Wärme für tausende Haushalte

Geplant sei, so ließen die Stadtwerke im Mai verlauten, das Projekt bis zum Jahr 2010 zu realisieren. Hierzu sollen bis zu zwölf hochmoderne Plattenwärmetauscher auf dem Raffineriegelände installiert werden, mit denen die Prozessabwärme „eingesammelt“ wird. Diese Wärme wird dann durch eine fünf Kilometer lange Transportleitung zum Heizkraftwerk West der Stadtwerke gefördert und von dort in das Karlsruher Fernwärmesystem eingespeist.

Pressemitteilung vom 22. Juli 2008

SPD Karlsruhe nominiert Johannes Jung mit 95% der Stimmen erneut für den Bundestag

„Wir kämpfen für eine solidarische Mehrheit in unserer Stadt“

Mit 93 von 98 abgegebenen Stimmen wurde der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Johannes Jung am 17. Juli wieder für den Bundestag nominiert. Bei der Versammlung der SPD Karlsruhe gab es vier Gegenstimmen und eine Enthaltung. Das Wahlergebnis liegt damit bei 95 Prozent Zustimmung für den 2005 erstmals gewählten Bundestagsabgeordneten. Erst vor zwei Wochen war Johannes Jung auch als Parteivorsitzender bestätigt worden.



Johannes Jung ist seit November 2006 auch SPD-Kreisvorsitzender und führe den Parteivorsitz „engagiert, zielstrebig und mit größtmöglicher Präsenz“, sagte sein Stellvertreter im Parteivorsitz, Werner Stichs. Der 41-jährige Politikwissenschaftler Jung will „für eine solidarische Mehrheit in der Stadt Karlsruhe kämpfen“. Er sieht das realistische Ziel: „Wir kämpfen für das Direktmandat“. Im Oktober 2005 hatte der damals relativ unbekannte Neu-Bewerber das Direktmandat nur ganz knapp verpasst. Damals fehlten Jung gerade mal 2.799 Stimmen gegen den CDU-Kandidaten.

Johannes Jung ist in dieser seiner ersten Legislaturperiode im Bundestag gewähltes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für Menschenrechte sowie im BND-Untersuchungsausschuss. In Berlin hat er sich als Fachmann für Osteuropa und den Balkan etabliert.

Ziel ist das Direktmandat

Zu Beginn der Versammlung legte Jung „drei Geständnisse“ ab: „Erstens: Ich brauche keinen VIP-Parkplatz in einem Fußballstadion, egal wo, egal wann, egal für wie viel Geld und egal mit wessen Geld dieses auch immer entstehen mag. Zweitens: In meiner Doppelleienschaft als Kreisvorsitzender der SPD und Bundestagsabgeord-

nete ist das Verhältnis zu demjenigen Bürgermeister, der meiner Partei angehört, menschlich und dienstlich völlig unbelastet, ja geradezu freundschaftlich. Drittens: Ich habe als Bundestagsabgeordneter zu keinem Zeitpunkt an einer Tortenschlacht teilgenommen und beabsichtige, solches auch in Zukunft zu unterlassen.“

Im Weiteren skizzierte Jung anhand eines „Ressort-Checks“ die Stärken und Erfolge der SPD-Regierungspolitik. Schwerpunkte waren die Innen- und Rechtspolitik, Arbeit, Integration sowie Bildung und Forschung. Mit Blick auf die Koalition betonte Johannes Jung: „Das alles und noch viel mehr wird uns noch besser gelingen, wenn wir uns mit der Bundestagswahl im September 2009 unseres konservativen Koalitionspartners entledigen und mit einer anderen Mehrheit regieren – vorzugsweise rot-grün. Das muss das Ziel sein!“ Die SPD werde nicht gewählt, um anschließend in der Opposition zu landen. „Unser Auftrag ist, zu gestalten und das Land zu verändern“.

Der gewählte Bundestagsabgeordnete präsentierte seine bisher geleistete Arbeit, und schilderte auch seinen Antrieb und das Engagement im Bereich der Außenpolitik. An wichtigen lokalen Themen in Karlsruhe nannte er den nach wie vor ungelösten Fortgang in Sachen Heroinmodell und zwischenzeitlich erreichte Erfolge bei der Kleinkinderbetreuung. Aktuell geißelte er die neue EnBW-Kampagne „pro Atomkraft“. Angesichts der ungelösten Frage der Endlagerung sei es „unverantwortlich, wieder auf Atomkraft setzen zu wollen.“

Pressemitteilung vom 18. Juli 2008

Johannes Jung auch als SPD-Kreisvorsitzender wiedergewählt

Bereits am 3. Juli 2008 war Johannes Jung als Kreisvorsitzender der SPD Karlsruhe wiedergewählt worden. Auf einer Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Karlsruhe-Stadt wurde der 41-jährige Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete mit 86% der Stimmen für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Jung konnte damit das Ergebnis von 2006 (72%) noch einmal verbessern.

Auf der hervorragend besuchten Kreisdelegiertenkonferenz in der Europahalle wurden auch die bisherigen Stellvertreter Werner Stichs und Daniel Melchien in ihren Ämtern als stellvertretende Kreisvorsitzende bestätigt. Zur Kassiererin wurde erneut Stadträtin Heike Backes gewählt, Schriftführer sind Rita Burster und Parsa

Marvi. Die acht Beisitzerinnen und Beisitzer im Kreisvorstand sind: Rana Büyükyilmaz (neu), Andreas Gallego (neu), Frank Weber, Hans Spielmann, Stadträtin Elke Ernemann, Christoph Frohneberg (neu), Gudula Stellmacher und Regina Schmidt-Kühner (neu).

Der alte und neue Kreisvorsitzende Johannes Jung dankte den Delegierten für das große Vertrauen und gab in seiner Rede die Marschrichtung für die SPD Karlsruhe vor: „Wir wollen für unsere SPD wieder mehr Souveränität und Solidarität“. Mit dem neugewählten Kreisvorstand werde das gelingen. Jung: „Die SPD Karlsruhe ist für das Wahljahr 2009 bestens aufgestellt“.

Pressemitteilung vom 4. Juli 2008

Neuwahl des Kreisvorstands der SPD Karlsruhe

Vielfalt und Geschlossenheit als Chancen / Vor Wahljahr 2009 auf inhaltliche und organisatorische Eckpunkte geeinigt

Der neugewählte Kreisvorstand der SPD Karlsruhe-Stadt hat sich auf seiner Klausurtagung rechtzeitig vor dem von drei wichtigen Wahlen geprägten Jahr 2009 am vergangenen Wochenende neu aufgestellt und sich auf die inhaltlichen und organisatorischen Eckpunkte seiner Arbeit in den nächsten zwei Jahren verständigt.

Nordtangente und Rheinbrücke

Unter der Führung ihres Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Johannes Jung wird die Karlsruher Sozialdemokratie die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen in großer Geschlossenheit angehen. Johannes Jung: „Die SPD ist in Karlsruhe gesund und munter und ohne jede Beißhemmung. Scheinheilige Ratschläge von der politischen Konkurrenz brauchen wir nicht. Und wir können Wahlkampf!“

Der Kreisvorstand verabschiedete gemeinsam mit der SPD-Gemeinderatsfraktion eine Erklärung zu den Themen Nord-

tangente und zweite Rheinbrücke, die der Partei auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 25. September zur Abstimmung vorgelegt wird. Wesentliche Punkte des gemeinsamen Papiers sind die Forderung nach der dringenden benötigten Entlastung für den Karlsruher Stadtteil Hagsfeld und das klare Nein zu jeder Art des Hardtwalldurchstichs.

Die Themen Arbeitsmarkt, Integration sowie Bildung und Betreuung will die Karlsruher SPD in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Verstärkt und gezielt zugehen werde man auch auf Wirtschaft und Unternehmen. Die breite Verankerung der SPD in Karlsruhe durch ihre zahlreichen Arbeitsgemeinschaften soll als Chance genutzt und ausgebaut werden.

„Wir treten an, um zu regieren“

In den kommenden Wochen werde sowohl das Kommunalwahlprogramm wie auch die Kommunalwahlliste der Karlsruher SPD verabschiedet werden. Auch diese Liste

werde die Vielfalt der Karlsruher SPD zum Ausdruck bringen, versichert Johannes Jung. Mit René Repasi habe man zudem einen jungen und hochqualifizierten Kandidaten aus der Region für die Wahl zum europäischen Parlament nominiert. Beide Wahlen finden am 7. Juni 2009 statt.



Für die Bundestagswahl am 27. September 2009 gelte: Das Direktmandat in Karlsruhe müsse her, die große Koalition in Berlin müsse weg. Politische Verhandlungen nur mit denjenigen, die ohne wenn und aber die grundlegenden und nicht verhandelbaren Positionen der SPD akzeptierten.

Trotz der zuletzt bewegten Situation der Bundes-SPD stünden die Genossen in Karlsruhe geschlossen und gut aufgestellt. Man werde die Wählerinnen und Wähler im kommenden Jahr davon überzeugen, dass eine starke SPD wichtig sei für ein starkes Karlsruhe – im Bund und erst recht im Gemeinderat vor Ort.

Jung: „Ohne eine starke Sozialdemokratie wäre unser Land ein anderes. Wer ein soziales Deutschland will, muss SPD wählen. Und wir treten an, um zu regieren.“

Man werde die Menschen daran erinnern, dass nach zehn Jahren SPD in der Regierung heute wieder mehr Menschen Arbeit hätten, der Sozialstaat gesichert und mehr Gleichberechtigung durchgesetzt sei und die ökologische Energiewende begonnen habe. Auch die Konservativen hätten diesen Kurs akzeptieren müssen, den sie lange vergeblich bekämpften. Schwarzgelb wollten die Menschen nicht. Das sei seit 2005 geklärt. Die Konservativen stellten zwar heute die Kanzlerin, aber sie hätten nicht die Meinungsführerschaft im Land.

Jung: „Der Ausgang der Wahlen 2009 ist offen und Prognosen sind keine Wahlergebnisse. Deutschland braucht wieder einen sozialdemokratischen Bundeskanzler.“

Interview der Badischen Neuesten Nachrichten mit Johannes Jung

„Vier Fragen“ zum Georgien-Konflikt

Überrascht Sie dieser Konflikt oder hat er sich seit Jahren abgezeichnet?

Es hat sich seit Jahren hochgeschaukelt. Jetziger Anlass war, dass Georgien militärisch aktiv wurde. Was wiederum ein willkommener Anlass für Russland war, zuzuschlagen. Es wird immer strittig bleiben, wer wann angefangen hat. Jede Seite hat für sich selbst recht. Moskau möchte seine Kontrolle über die Region wieder ausbauen und kann die pro-amerikanische georgische Außenpolitik nur schwer ertragen.

Wie ist die Rolle Georgiens dabei?

Der georgische Präsident hat seine Möglichkeiten überschätzt und sich verrechnet. Er hat unterschätzt, dass Russland, so die Moskauer Sichtweise, die Region als ihren Vorgarten betrachtet. Seiner Regierung ist es bisher nicht gelungen, die auch ohne Russland realen Probleme mit den auto-

nomen Gebieten – wie in Südossetien – zu lösen.

Welche Interessen hat Deutschland in der Region und welchen Einfluss?

Wir haben Einfluss auf die Gesamtlage. Deutschland hat erfolgreich verhindert, dass Georgien auf Betreiben der USA in die Nato aufgenommen wird. Das war richtig, Georgien ist noch nicht reif und dies wäre tatsächlich eine gefährliche Provokation Russlands. Georgien muss eben mit einem schwierigen Nachbarn wie Russland leben.

Wie kann es dort weitergehen?

Moskau hat blutige Großmachtspolitik erlernt. Die Regierung in Tiflis hat wohl verstanden, dass sie so nicht weitermachen kann. Die OSZE - Russland und Georgien sind dort beide Mitglied - sollte nun im Konflikt vermitteln.

Interview der BNN vom 13. August 2008

Pressemitteilung vom 12. September 2008

„Aus erfolgreichem Heroinmodellprojekt nicht aussteigen“

Johannes Jung reagiert mit Unverständnis auf Ankündigung des Sozialdezernenten der Stadt Karlsruhe

Kalt überrascht wurde am Montag auch der Bundestagsabgeordnete Johannes Jung von der brieflichen Ankündigung des Karlsruher Sozialdezernenten Harald Denecken,



WWW.PHOTO-CASE.DE

aus dem seit 2002 erfolgreich laufenden Heroinmodellprojekt „voraussichtlich zum Ende des Jahres 2008“ auszusteigen.

Der SPD-Kreisvorsitzende reagiert mit Empörung und Unverständnis, zumal es dazu im Vorfeld keinerlei Ankündigungen gegeben habe und das Thema auch nicht im Gemeinderat oder dessen Ausschüssen behandelt worden sei. Mit der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Karlsruhe, deren Vorstand er angehört, ist Jung einig, dass es völlig inakzeptabel sei, nicht einmal nach gemeinsamen Lösungsmöglichkeiten für das Modell gesucht zu haben.

Die AWO als Träger der kontrollierten Heroinabgabe sehe zurecht die Gefahr, es „billigend in Kauf zu nehmen“, dass die derzeit 18 heroinbehandelten Patienten bald wieder auf den illegalen Wegen der Beschaffungskriminalität landeten. Jung: „Es ist ethisch nicht vertretbar, Menschen, die erfolgreich mit Diamorphin behandelt wurden, dieses überlebenswichtige Medikament zwangsweise zu verweigern und sie wieder auf die Straße zu schicken“. Schließlich sei diese Behandlung gerade denjenigen Heroinabhängigen angeboten worden, bei denen eine Methadonbehandlung nicht erfolgreich gewesen sei. Dazu kämen rund 50 Methadon-Patienten, deren Weiterbehandlung ebenfalls auf dem Spiel stehe.

„Ethisch nicht vertretbar“

Der Bundestagsabgeordnete Johannes Jung, der sich in der Großen Koalition in Berlin nach wie vor mit einer Gesetzesinitiative zu Übernahme der kontrollierten Heroinabgabe in die Regelversorgung der Krankenkassen einsetzt, beschuldigt „die Reaktionen in der CDU, namentlich die Baden-Württemberger Volker Kauder und Annette Widmann-Mauz“, konsequent der „Sabotage an diesem Projekt, bei dem es tatsächlich um Leben und Tod geht. Wir müssen verhindern, dass diese zwei Betonköpfe an einflussreicher Stelle allein in Karlsruhe 18 Schwerkranke ins Elend zurückstoßen. Die Reaktionen in der CDU dürfen sich nicht durchsetzen.“

Millionen für VIP-Parkplätze

In Karlsruhe stimmten die Relationen nicht: Es könne nicht sein, dass Millionen an Steuergeld für VIP-Parkplätze der Edel-Fans der KSC-Profiabteilung in einem möglichen neuen Fußballstadion flott gemacht würden, während das Heroinprojekt und – damit Menschenleben – kaputtgespart werde.

„Die städtische Finanzpolitik zeigt hier perverse Züge. Das muss anders werden, hier muss der Gemeinderat eingreifen. Die Argumente für die Fortsetzung des Heroinmodells in Karlsruhe sind seit langem bekannt und bleiben richtig. Dieses Modell und seine Patienten müssen überleben! Die Mehrheiten im Bund ändern sich hoffentlich pro Vernunft und Menschlichkeit. Deshalb darf die Stadt nicht aussteigen“, so der SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung.

Pressemitteilung vom 29. Juli 2008

Iren lehnen EU-Reformvertrag von Lissabon ab

Zum Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag zur Reform der Europäischen Union erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Parlamentariergruppe Europa-Union im Deutschen Bundestag Johannes Jung:

„Heute lebt in Irland die erste Generation seit Menschengedenken, die nicht auswandern muss, um ein gutes Auskommen zu haben. Dieser Umstand, die Beilegung des Nordirlandkonflikts und das Überleben der gälischen Sprache verdanken die Iren einzig und allein der Europäischen Union“.

Dass ausgerechnet dort und bei dieser Wahlbeteiligung der EU-Reformvertrag abgelehnt werde, zeige, wie dramatisch es um das europäische Bewusstsein gerade bei den Profiteuren der europäischen Einigung bestellt sei. Nationale Egoisten – wie die eigene Steuerhoheit, eigenes Stimmengewicht im Europäischen Rat im Vergleich zu den bisher unterrepräsentierten großen Ländern oder der eigene EU-Kommissar – seien immer noch vorherrschend. Der Sinn des Reformvertrages von Lissabon sei in der Bevölkerung durch die Befürworter nicht ausreichend offensiv und überzeugend vermittelt worden.

Johannes Jung: „Europa braucht eben nicht nur materiellen Erfolg, sondern vor allem mehr Überzeugungskraft und Leidenschaft.“ Das müsse die Aufgabe für die Europawahlen 2009 sein.

Pressemitteilung vom 13. Juni 2008

Nach Artikel 48 EUV müssen Vertragsänderungen von allen Mitgliedstaaten der EU ratifiziert werden. Das irische Nein blockiert damit vorerst die gesamte Reform, mit der die Europäische Union handlungsfähiger und demokratischer werden sollte.

Ob ein Ausweg gefunden wird, bevor in 2009 ein neues Europaparlament und eine neue Kommission gewählt werden, ist derzeit fraglich.

Fast alle anderen EU-Staaten haben den Reformvertrag ratifiziert: In Tschechien und Schweden stehen die Abstimmungen im Parlament noch aus, in Polen und Deutschland müssen noch die Präsidenten den Parlamentsbeschluss unterschreiben.

Fortsetzung des KFOR-Einsatzes im Kosovo

Rede von Johannes Jung im Deutschen Bundestag am 5. Juni 2008

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme gerade von einem Gespräch mit den diesjährigen Teilnehmern des Stipendienprogramms des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, das den Namen des ermordeten ehemaligen serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic trägt. Ich würde hier natürlich sehr gerne über die Potenziale und Chancen der Region sprechen, die wir heutzutage den westlichen Balkan nennen, so wie ich das auch mit diesen jungen Leuten getan habe. Leider bietet dieser Tagesordnungspunkt aber nur wenig Gelegenheit dazu.

Entwicklungsland mitten in Europa

Vielmehr ist es notwendig, hier ungeschminkt auf die harte Realität im Kosovo einzugehen. (...) Kosovo erfüllt – einzigartig in Europa – alle Kriterien eines Entwick-

lungslandes. Was machen wir aber aus diesem Sonderfall? Es ist beschämend, dass die Mission EULEX so schwer aus der Vorbereitungsphase herauskommt, was keineswegs nur an Komplikationen mit Russland liegt. Die Mission KFOR im Kosovo ist leider weiterhin notwendig; daran besteht angesichts der Sicherheitslage und der Tatsache, dass das Jahr 2008 ein Jahr des Übergangs im Kosovo ist, kein Zweifel.

Recht ist für die Menschen da. Für manche auf dieser Welt, so auch für die Damen und Herren von der Linkspartei/PDS, wird es niemals ein Völkerrecht geben können, das sie ruhigen Gewissens in ihrer Isolation leben lässt. Von Solidarität keine Spur – mit niemandem, auch nicht in dieser Frage. Sie verschanzen sich an dieser Stelle erneut hinter Ihrer notorischen Interpretation des Völkerrechts. Wen und wie viele Sie Ihres

notorisch guten Gewissens wegen hängen lassen, ist Ihnen egal. Ich möchte auch beim nächsten Mal, wenn es um Massenmord geht, nicht auf Sie angewiesen sein.

Mehr bieten als Halbherzigkeit

Wir müssen allerdings mehr bieten als Halbherzigkeit. Offensichtlich ist der Nationalismus im Kosovo auf allen Seiten dominant. (...) Gerade daher sind KFOR und EULEX bitter notwendig. Das führt zu der Frage, ob die Menschen dort in unserem Sinne europäisch sein wollen. (...) Uns muss klar sein: Wer nicht in dieser Generation in die EU kommt, der wird weiterhin ein nationalistisches Projekt betreiben.

Seit langer Zeit versuche ich klarzustellen, dass die Lage im Nachbarland Mazedonien prekärer ist als in Kosovo und Serbien. In Kosovo und Serbien ist die Separation längst vollzogen; wir haben sie hier bestätigt. In Mazedonien exerziert die internationale Gemeinschaft eine Strategie des Ethnoprozesses, die genau wie in Bosnien-Herzegowina erkennbar nicht funktioniert. (...) Wir sind nicht bereit, Sicherheit für alle Staatsbürger Mazedoniens über die NATO zu ermöglichen, was der einzige Weg wäre. Ein schwerer Fehler!

Prekäre Lage Mazedoniens

Ein Blick in den Norden Kosovos: Wir haben bereits genügend Erfahrungen mit extralegalen Staatstrukturen. Können wir im Nordkosovo das pragmatisch ignorieren, was sich dort abspielt? Vielleicht wäre es ehrlicher, zu sagen, dass wir plan- und hilflos danebenstehen und das akzeptieren, was es dort seit Jahrzehnten gibt. Jedenfalls sehe ich niemanden, der im Sinne dessen, was KFOR und EULEX eigentlich erreichen sollen, die Zustände im Nordkosovo dramatisch ändern möchte. Ich füge hinzu: Es ist auch ratsam, dies zu unterlassen.

(...) Der europäische Einsatz ist sowohl bei KFOR als auch bei EULEX notwendig, um allen Seiten im Kosovo Sicherheit zu geben, aus sogenannten Volksgruppen vielleicht doch endlich Staatsbürger zu machen und der nächsten Generation ein besseres Leben zu ermöglichen.

Rede im Bundestag vom 5. Juni 2008

Vollständiger Text auf www.jung-fuer-karlsruhe.de

„Serbien gehört nach Europa“

Karadzic-Verhaftung: Demokraten machen Ernst mit europäischer Zukunft

Zur Festnahme des ehemaligen Führers der bosnischen Serben und mutmaßlichen Kriegsverbrechers Radovan Karadzic in Belgrad erklärt Johannes Jung MdB:

„Die neue serbische Regierung unter Führung der Demokratischen Partei des proeuropäischen Staatspräsidenten Boris Tadic und unter Beteiligung der Pragmatiker der Sozialistischen Partei macht Ernst mit der europäischen Zukunft Serbiens.

So und nicht anders muss die überfällige Festnahme von Radovan Karadzic gewertet werden. Die Erben des ermordeten Reform-Premiers Zoran Djindjic von der Demokratischen Partei haben mit kluger Politik und aufgrund demokratischer Mehrheiten eine Machtstellung wie noch nie zuvor erreicht. Die Erben der Ex-Milosevic-Partei, die neuen Pragmatiker der Sozialisten, scheinen tatsächlich gewillt zu sein, zugunsten der europäischen Zukunft mit der Vergangenheit zu brechen. Diese beiden Faktoren machen den Fortschritt für Serbien aus, der auch die Festnahme von Karadzic nur zwei Wochen nach der Regierungsbildung ermöglicht hat.

Für Kriegsverbrecher wird es enger. Nun besteht auch die Hoffnung, die zweite Symbolfigur der Verbrechen der 90er Jahre, den Armeechef der bosnischen Serben Ratko Mladic, endlich fassen und vor Gericht bringen zu können. Den Opfern von Krieg und Vertreibung und allen Demokraten und Anti-Nationalisten im ehemaligen Jugoslawien widerführe so Gerechtigkeit.

Hoffnung auf Gerechtigkeit

Der Heldenmythos um Karadzic und Mladic ist ohnehin wahnwitzig – wie können solche Feiglinge, die sich durch jahrelange Flucht der Gerechtigkeit entziehen, Helden sein? Wenn die serbische Nation Helden braucht, dann hat sie mit Zoran Djindjic eine solche Persönlichkeit.

Die Europäische Union hat auf Betreiben des deutschen Außenministers und der SPD mit ihren Angeboten an die serbischen Demokraten – und damit an die Mehrheit der Menschen in Serbien – eine wichtige Etappe des Geduldspiels gewonnen. Auch dieses Land gehört nach Europa“.

Pressemitteilung vom 22. Juli 2008

„TechnologieRegion muss klotzen und nicht kleckern“

„Mit angezogener Handbremse können wir die Region nicht aufrollen“, meint der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Jung

Jedem falle sofort ins Auge, dass die Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg, der Südpfalz, dem Elsass und der Nordwestschweiz verbesserungswürdig sei. Da gebe es eine Vielzahl von Behörden, Einrichtungen und Institutionen, die vom Bürger und den Zuständigen in der Exekutive kaum durchschaut werden könnten. Angesichts der andauernden Diskussionen um die Ausweitung bestehender Metropolregionen in Deutschland, von denen es derzeit elf gibt, mahnt der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Johannes Jung mit einem 9-Punkte-Programm effektivere Formen von rheinübergreifender Zusammenarbeit am Oberrhein an.

Für Johannes Jung ist es wichtig, von neuen zusätzlichen Konstrukten von Verbänden und „Gesprächskreisen“ Abstand zu nehmen. Weder ließen sich nachbarschaftliche Beziehungen durch „vertragliche Abschlüsse“ erzwingen, so Jung, noch sei es realistisch und sinnvoll, „ganz Baden zur Metropolregion zu erklären“.

„Ideenarmut und Ohnmacht“

Das Motto in der Diskussion am Oberrhein müsse stattdessen lauten: „Klotzen, nicht kleckern“. Damit meint Jung vor allem die TechnologieRegion, den freiwilligen Zusammenschluss von elf Städten und drei Landkreisen zwischen Bruchsal und Bühl. Sich einfach an die bestehende Metropolregion im Norden anzuschließen, kommt für Jung nicht in Frage. Das sei auch in Mannheim und Ludwigshafen nicht erwünscht, allein aus arithmetischen Gründen. Schon jetzt gebe es in dem Dreiländerkonstrukt mit Teilregionen aus Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg ein mehr als deutliches „badisches Übergewicht“.

Das bange Hoffen und Warten auf den „Erlöser“ – einen Medienunternehmer aus Offenburg / München, der sich bei entscheidenden Sitzungen entschuldigen lässt – als „neuen Leitstern“ wertet der Bundestagsabgeordnete zudem als peinlichen Offenbarungseid für die Exekutive am Oberrhein. „Selten wurden Ideenarmut und Ohnmacht so deutlich“, merkt Jung an.

„Jeder Landrat und jeder IHK-Präsident entlang des Oberrheins hat mehr Legitimation als dieser Herr Hubert Burda. Wenn

schon Burda, dann sollten sich die Badener für den philanthropischen Bruder Frieder Burda entscheiden, eine klassische Stifterpersönlichkeit, der die Kunst- und Museenlandschaft unserer Heimat so immens bereichert hat“, ist Johannes Jung überzeugt.



Fachgespräch zur Zusammenarbeit am Oberrhein im April 2008 in Karlsruhe

Jung appelliert an die Verantwortlichen, mehr aus den eigenen vorhandenen Instrumenten zu machen. Das Besondere einer Region müsse hervorgehoben sowie ein eigenständiges Profil erarbeitet werden, das einen von der Konkurrenz unterscheidet. Vor allem Effizienz und Durchschlagskraft seien gefragt, denn so gut zu sein wie die Anderen reiche längst nicht mehr aus: „Mit angezogener Handbremse können wir die Region nicht aufrollen!“, sagt Jung in erster Linie an die Stadt Karlsruhe gerichtet.

Keine Frage von Zuschüssen

Positiv wertet der Bundestagsabgeordnete Erklärungen von IHK-Präsident Bernd Bechtold zu Beginn dieses Jahres, wonach es vor allem die Institutionen der TechnologieRegion selbst zu stärken gelte – nach Meinung des Bundestagsabgeordneten „bislang ein unausgereifter Zwitter“ mit undurchsichtiger Verteilung von Geschäftsführungskompetenzen. Wo die TechnologieRegion über gerade eine handvoll Mitarbeiter verfüge, seien dies allein im Marketingbereich bei der Metropolregion Rhein-Neckar 28 Fachleute. Bemerkenswert sei in der an Karlsruhe im Norden angrenzenden Region besonders das Engagement der Wirtschaft, das es so weder in Karlsruhe

noch in Freiburg gebe. Auch der Verband Region Stuttgart sei ähnlich gut aufgestellt wie die Metropolregion Rhein-Neckar.

Der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Johannes Jung, der sich schon mit Beginn seines Mandats, der Wahl im Herbst 2005,

einer besseren regionalen Zusammenarbeit verschrieben hat – die für ihn zugleich eine Verbesserung der rheinübergreifenden Zusammenarbeit ist – wiederholte erst Ende April bei einem von ihm initiierten Fachgespräch im Residenzhotel Karlsruhe eines seiner Grundmotive: „Bessere Zusammenarbeit hängt nicht ab von Geld und Zuschüs-

sen“. Einmal mehr sprach er davon, dass die Region um Karlsruhe die Ziele der Lisbon-Strategie der Europäischen Kommission erreicht hätte – nämlich eine der wirtschaftlich stärksten und innovativsten Regionen der Welt mit höchster Lebensqualität zu werden. Der Bundestagsabgeordnete freut sich darüber, dass dies – wie aktuelle Diskussionen in Gremien des Regionalverbands zeigen – mittlerweile auch von der CDU am Oberrhein so gesehen werde.

Das bisherige Nebeneinander und die verwirrende Vielfalt der verschiedenen Räte, Konferenzen und Verbände müsse beherzt in eine neue transparentere Form der Zusammenarbeit am Oberrhein überführt werden, fordert Jung. Schon am bisherigen status quo gebe es zu Recht Kritik vieler Bürger und von Vertretern aus Politik und Verwaltung.

Hier sieht der Bundestagsabgeordnete insbesondere die Stadt Karlsruhe als das dominante Oberzentrum gefordert, das Mit- und Nebeneinander von bestehenden Konstrukten wie Regionalverband, Zweckverband Pamina, TechnologieRegion, Oberrheinrat, Oberrheinkonferenz und Europäischem Städtenetz kritisch zu prüfen – und endlich Konsequenzen zu ziehen.

Pressemitteilung vom 11. Juni 2008

Statt des sympathischen „Rhinos“ nun das Bambi-Kitz?

Johannes Jung sieht den Oberrhein weiterhin auf Identitätssuche / Kritik an nur vermeintlichen Aushängeschildern

Der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Johannes Jung sieht den Oberrhein weiterhin auf Identitätssuche. Die im Juni im pfälzischen Germersheim von Vertretern der TechnologieRegion Karlsruhe, des Regionalverbandes Mittlerer Oberrhein und der Metropolregion Rhein-Neckar in Mannheim/Ludwigshafen unterzeichnete Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit im Forschungs-, Hochschul- und IT-Bereich hält Jung zwar für sinnvoll. Sie lasse aber nach wie vor keine Idee und keine Persönlichkeit für eine bessere Positionierung der Region Karlsruhe erkennen.

Rosinenpicken im Dreiländereck

Hintergrund der jetzt geschlossenen Vereinbarung sei allein das Anliegen der Metropolregion Rhein-Neckar, mit den Großstädten Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen, sich im Dreiländereck an Rhein und Neckar im Forschungs-, Hochschul- und IT-Bereich zu positionieren und zu verstärken. Nur deshalb habe man die Technologie-Region Karlsruhe „mit ins Boot“ holen wollen – und alles das unter dem Flaggschiff „einen künftigen Metropolregion“.

Der Nutzen der Vereinbarung für Karlsruhe und umliegende badische, pfälzische und elsässische Städte und Gemeinden bleibe da im Unklaren. Der Vertragsabschluss in Germersheim erinnere ihn deshalb an das sprichwörtliche Rosinenpicken: Damit sei der vor Jahreswechsel in einem Wettbewerb zum neuen Logo am Oberrhein – der prämierte Entwurf stammte von der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe – erkorene „Rhino“ (<http://www.rhino-oberrhein.eu>), als sympathischem Ausdruck von gemeinschaftlichem Lebensgefühl, nun zum Bambi-Kitz auf der Spur von „badischen Rosinen“ mutiert, so Jung lakonisch.

Ein Aushängeschild der Region?

Während man zwischen Karlsruhe und Mannheim um High-Tech-Meriten auf europäischer Ebene buhle, sei weiter südlich, in Mittelbaden und Freiburg jetzt plötzlich „alles Bambi“. Willi Stächele, vor kurzem noch Staatsminister und rechte Hand von Günther H. Oettinger, seit Juni nun Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, war da erst Mitte Juni wieder für eine Über-

raschung gut. Als einer von rund einhundert erlauchten Gästen im Burda-Tower in Offenburg glaubte er Mitte Juni, die nach 21 Jahren erstmals wieder in der Ortenau stattfindende „Bambi-Verleihung“ als vermeintliches Aushängeschild der Region am Oberrhein darstellen zu können.

In der Stuttgarter Zeitung vom 14. Juni hieß es dazu: „Der Medienpreis soll der von der Landesregierung angestrebten grenzüberschreitenden Metropolregion im Dreiländereck einen Schub geben, soll den Oberrhein im harten internationalen Wettbewerb der Regionen als den Standort einer zukunftsorientierten Unterhaltungsindustrie bekannt machen. Tatsächlich hat die Region einiges zu bieten. Der Europapark Rust ist weit über Deutschland hinaus bekannt und hatte allein im vergangenen Jahr vier Millionen Besuche.“

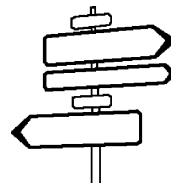
Wirtschaftliche Eigeninteressen

Der Karlsruher Bundestagsabgeordnete Johannes Jung sieht die Region angesichts derartiger Äußerungen nun inmitten einer Realsatire. „Sind wir nicht alle ein bisschen Europa-Park?“, sagt er und warnt vor allzu platten Showeffekten. Die Medienlandschaft zwischen Karlsruhe, Baden-Baden und der Ortenau sei wichtig, aber nicht typisch für den Oberrhein – auch wenn dies ein Werbefilm des Medienunternehmers Burda beim Dreiländerkongress in Straßburg im Januar habe suggerieren wollen.

Auch der für allerlei Events herhaltende Europa-Park in Rust habe gewiss wichtiges wirtschaftliches Potenzial. Aber dieses Privatunternehmen des Herrn Mack habe nichts mit der dringend erforderlichen verbesserten Zusammenarbeit am Oberrhein zu tun. Die Auseinandersetzung um die Fluglizenz für Lahr sei ein Beispiel dafür, dass es hier einzig und allein – wie auch im Falle von Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen – um örtliche Wirtschaftsinteressen gehe. Genauso wie man wohl auch der Hubert Burda Media unterstellen dürfe, dass es Herrn Burda vor allem um das Wohl und Wehe seiner Boulevard-Gazetten „Bunte“,

„Freundin“, „Freizeit-Revue“ – neuerdings den „Playboy“ – und den „Focus“ gehe.

Ist der mittlere und südliche Oberrhein nun auf dem Weg zur „Bambi-Bunte-Bussigesellschaft“, fragt der Karlsruhe Bundestagsabgeordnete Johannes Jung? Wenn die vielfältige, geschichtlich gewachsene Land-



ZUSAMMENARBEIT IN DER REGION OBERRHEIN

schaft am Oberrhein künftig von einem „Medienmogul“ mit Doppelwohnsitz München und Offenburg als Sprecher – mit keinerlei demokratischer Legitimation – repräsentiert werden sollte, komme ihm „das kalte Grausen“, so Jung in harschen Worten.

Der Oberrhein zwischen Karlsruhe und Basel sei beileibe mehr als „ein paar Boulevard-Gazetten“. Und eben auch mehr als der Forschungs-, Hochschul- und IT-Bereich, mit dem sich Karlsruhe rühme. Alles das zeige, wie schwer es sei, die Region zwischen Karlsruhe und Basel unter einen Hut zu bringen. Da bleibe vieles „Stückwerk“. So jedenfalls, wie von der Landesregierung propagiert, und auch von regionalen Vertretern klaglos hingenommen, sei am Oberrhein kein Staat zu machen.

Der Oberrhein ist viel mehr

Was Not tue, seien grenzüberschreitende große und kleine Dinge des Alltags, wie Handwerkerparkscheine, gegenseitige Anerkennung von Handwerkerleistungen, die Kenntnis des Nachbarn, die gemeinsam gelebte und erlebte Nachbarschaft, Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur, auch die Zusammenarbeit von Hochschulen mit gemeinsam anerkannten Studienabschlüssen: alles in allem der Ausdruck einer gemeinsamen kulturellen und wirtschaftlichen Identität, eines gemeinsamen Lebensgefühls, wie es in dem Rhino-Logo der Karlsruher Hochschule für Gestaltung zum Ausdruck komme – und nicht die abendfüllende Unterhaltungsshow à la Hubert Burda oder Rosinenpickerei, wie sie jetzt von Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen ausgehe, so Jung abschließend.

Pressemitteilung vom 25. Juni 2008

Gegenkandidatur ist in einer Demokratie selbstverständlich

Johannes Jung: Charismatische Kandidatin Gesine Schwan wird Stimmen aus allen Lagern erhalten

Mit Nachdruck verwehrt sich die SPD Karlsruhe gegen die wiederholten stillen Äußerungen aus der CDU gegen die Nominierung von Gesine Schwan für das Amt der Bundespräsidentin.

„Gesine Schwan ist allseits geachtet, charismatisch und wird in der Bundesversammlung, wie schon bei der letzten Wahl, wieder Stimmen aus dem konservativen Lager erhalten“, so der Karlsruher Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung. Die CDU mache sich zu Recht Sorgen um die Wiederwahl ihres Kandidaten. Sie müsse aber kapieren, dass die Stimmabgabe eine echte demokratische Wahl in der Bundesversammlung bedeute und keine unangemessen diffuse Spekulation auf künftige politische Konstellationen

Fehlender Respekt vor Wahlakt

Wenn die CDU Karlsruhe eine Bundespräsidentenwahl dazu benutze, eine politische Drohkulisse aufzubauen, zeuge das von wenig Respekt vor dem demokratischen Prozedere. Die SPD erinnert daran, dass bei der letzten Bundespräsidentenwahl die CDU so lange unwürdig mühsam nach einem Kandidaten (Köhler?, Schäuble?, Töpfer?) gesucht hatte, bis sie ihre parteitakti-

schen und machtpolitischen Überlegungen verwirklichen konnte. Damals hatten die konservativen Parteivorsitzenden von einem „strategischen Signal“ gesprochen. Schließlich sei Horst Köhler – ausgekugelt in Westerwelles Wohnzimmer – Präsident von Merkels Gnaden geworden.

Debatte über Grundwerte anstoßen

Frau Schwan wolle das Jahr bis zur Wahl nutzen, um eine Debatte über Grundwerte in Deutschland in Gang zu bringen und für mehr Demokratie in der Gesellschaft zu werben – bei allen Parteien. Täte sie das nicht, würde man an der Ernsthaftigkeit ihrer Kandidatur zweifeln. „Wenn sie dann breite demokratische Zustimmung erntet – umso besser“, so Jung. „Wer weiß – vielleicht überzeugt Gesine Schwan ja auch noch den Kollegen Wellenreuther?“

Mit Verwunderung nimmt die SPD zur Kenntnis, dass der Karlsruher CDU-Bundestagsabgeordnete Wellenreuther dem von seiner Partei unterstützten Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten offenbar nicht zutraut, sich erfolgreich gegen eine von der SPD nominierte Gegenkandidatin in der Bundesversammlung zu behaupten. Anders lässt sich kaum erklären, dass der

CDU-Kreisvorsitzende einen Vorgang als „unwürdig“ bezeichnet, der für eine Demokratie selbstverständlich ist: dass nämlich bei einer Wahl zumindest zwei honorierte Kandidat/innen zur Verfügung stehen.



Bei der letzten Bundespräsidentenwahl habe die CDU so lange mühsam nach einem Kandidaten gesucht, bis sie ihre parteitaktischen und machtpolitischen Überlegungen verwirklichen konnte. Aus welchem Lager die notwendige Mehrheit zustande kam, wurde dabei weniger diskutiert.

Gegenkandidatur selbstverständlich

„Ich bin sicher, dass Frau Schwan aufgrund ihrer unbestrittenen Qualitäten für das höchste Staatsamt wie beim letzten Mal auch Stimmen aus dem konservativen Lager erhalten wird“, meint der SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung.

Pressemitteilungen vom 29. Mai und 2. Juni 2008

SPD kann CDU-Optimismus bei Bildung nicht teilen

Zusammen mit vielen betroffenen Eltern und Schülern kann die SPD Karlsruhe den Optimismus des Karlsruher CDU-Kreisvorsitzenden Ingo Wellenreuther bezüglich der sogenannten Bildungsoffensive in Baden-Württemberg nicht teilen.

Sommerferien sauer verdient

Es sei zwar positiv, wenn die CDU endlich auch erkenne, dass wir in Baden-Württemberg nicht im bildungspolitischen Schlaraffenland leben, sondern massivste Probleme haben. „Leider sind in Baden-Württemberg Schüler, Lehrer und Eltern gezwungen, mit riesiger Kraftanstrengung aus einem miesen System das Beste herauszuholen. Deshalb sind die jetzt beginnenden Sommerferien sauer verdient“, so der Karlsruher SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung.

Selbsterkenntnis sei der erste Weg zur Besserung. Von daher sei auch die Karlsruher SPD durchaus bereit, der aktuellen Diskussion zumindest etwas Positives abzugewinnen. Allerdings würden bei den jetzt angekündigten Maßnahmen bestenfalls die schweren Versäumnisse der letzten Jahre etwas abgemildert.

Ins gleiche Horn stößt der Karlsruher SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Stober, der darauf hinweist, dass sich im nächsten Schuljahr an der schlechten Unterrichtsversorgung erst einmal gar nichts ändern werde. Zudem verweigere sich die CDU weiterhin den notwendigen strukturellen Veränderungen und halte starrsinnig am dreigliedrigen Schulsystem fest. Anstatt die Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse auf drei Typen von Einheitsschulen

zu verteilen, müsse zukünftig die individuelle Förderung in einem integrativen Schulsystem im Vordergrund stehen.

Bedauerlicherweise habe die baden-württembergische Landesregierung bis heute keinen der etwa 60 Anträge von baden-württembergischen Gemeinden für entsprechende Modellschulen genehmigt – unter anderem die von der Stadt Karlsruhe beantragte Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild in der östlichen Südstadt. Während an Privatschulen solche Modelle genehmigt werden, würden die Gemeinden mit ihren Anliegen von Kultusminister Rau immer wieder abgekanzelt. Diese Diskriminierung des öffentlichen Schulwesens gegenüber dem privaten müsse schnellstens beendet werden, so Johannes Stober.

Pressemitteilung vom 24. Juli 2008

„Wir vertreten auch Karlsruhe!“

Parlamentarisches Patenschaftsprogramm: Simon Emig und Lukas Hügler für ein Jahr „Botschafter“ in den USA

Für Stipendiatinnen und Stipendiaten des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) übernehmen Bundestagsabgeordnete eine Patenschaft. Für den Wahlkreis Karlsruhe-Stadt nimmt in diesem Jahr der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Jung am Programm teil. Die Schülerinnen und Schüler wohnen in den USA in Gastfamilien und besuchen die örtliche High School. Die jungen Berufstätigen besuchen ein College und absolvieren ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb.

Erfolgreich durch die Auswahl gekämpft

Lukas Hügler, ein 16-jähriger Schüler des Karlsruher Helmholtz-Gymnasiums und begeisterter KSC-Fan und Musiker, hat sich erfolgreich durch Sprachtests und spezielle USA-Vorbereitungsseminare durchgekämpft und freut sich nun auf seinen Aufenthalt in der Stadt Eagle im US-Bundesstaat Idaho. Seine Gasteltern sind Lehrer und unterrichten an der lokalen High School. Politisch gesehen seien beide, so Lukas, „waschechte Demokraten“. Los geht's für Lukas Hügler am 13. August.

Simon Emig ist ein 22-jähriger Industriekaufmann und ebenfalls Hobbymusiker im Jugendorchester der Stadt Karlsruhe. Auch

er hat die Tests – z. B. in punkto Allgemeinwissen und soziale Kompetenz – mit Bravour bestanden und so die Beurteilung erhalten, „Deutschland gut repräsentieren zu

und Kontakte auch hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft knüpfen zu können. Beide wollen aber nicht nur ihr Land repräsentieren und versichern daher: „Wir vertreten auch Karlsruhe und die badische Lebensart!“.

Badische Lebensart trifft auf American Way of Life

Beide werden hierbei den richtigen Ton treffen: Simon Emig als talentierter Trompeter und Lukas Hügler als nicht weniger begabter Posaunist – ohne natürlich gleich irgendjemand den Marsch blasen zu wollen. „Die beiden haben mich mit Ihrer Bewerbung spontan überzeugt“, so Johannes Jung, der aus mehreren Bewerberinnen und Bewerbern auszuwählen hatte.

Jung ist sich sicher, „dass die beiden unser Land und unsere Stadt Karlsruhe mehr als würdig in den USA vertreten werden“. Den Bundestagsabgeordneten interessieren besonders auch die politischen Eindrücke der beiden im Hinblick auf die Entscheidung im US-Präsidentenwahlkampf: „Ich bin gespannt, was sie uns regelmäßig aus USA berichten werden“, so der Abgeordnete. Jung wird seinerseits Kontakt zu den relevanten politischen Vertretern in Idaho und Ohio knüpfen.

Pressemitteilung vom 5. August 2008



Werden auch in den USA den richtigen Ton treffen: Die beiden Karlsruher PPP-Stipendiaten Simon Emig (links) und Lukas Hügler (rechts).

können“. Das wird Simon Emig ab dem 6. August tun, und zwar in Amherst, im US-Bundesstaat Ohio.

Beide erhoffen sich, neben der Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse einen Einblick in den „American Way of Life“ zu bekommen und zahlreiche Freundschaften

Vorstand der Deutschen Telekom muss seiner sozialen Verantwortung gerecht werden

Nach einem Gespräch der SPD-Bundestagsfraktion mit Thomas Sattelberger, Arbeitsdirektor im Vorstand der Deutschen Telekom AG, über die Schließung von Call-Centern erklärt der Karlsruher SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Jung: „Wir setzen uns weiterhin für die Beschäftigten der Call-Center ein“.

Nach Auskunft von Sattelberger sollen nächste Woche Verhandlungen über ein neues Call-Center-Konzept mit den Gewerkschaften beginnen. Nach Anga-

ben der Telekom sollen von den verbliebenen acht Callcentern in Baden-Württemberg weitere sechs geschlossen werden. Betroffen sind die Standorte in Mannheim, Heilbronn, Ulm, Konstanz, Freiburg und Karlsruhe mit zusammen 1.500 Beschäftigten.

Die SPD-Bundestagsfraktion forderte den Vorstand der Deutschen Telekom AG erneut auf, seiner sozialen Verantwortung gerecht zu werden und in den anstehenden Verhandlungen mit dem Sozialpartner auf die Beschäftigten zuzugehen. Das Call-Cen-

ter-Konzept dürfe nicht über deren Köpfe hinweg umgesetzt, sondern müsse mitarbeitergerecht verändert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird ein weiteres Gespräch führen mit dem Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat der Telekom, Lothar Schröder. „Ziel ist es, die Kräfte zu bündeln und den Druck auf die Telekom zu erhöhen, um für die Beschäftigten eine optimale Lösung zu erreichen“, erklärt Johannes Jung.

Pressemitteilung vom 24. September 2008